

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 26. April 2023

§ 126 **Jahresrechnung 2022**

(Berichte Regierungsrat, 28.2.2023; Finanzaufsichtskommission, 15.3.2023)

Ruedi Schwitter, Näfels, Kommissionspräsident, beantragt Zustimmung zu den Anträgen von Kommission und Regierungsrat. – Die Finanzaufsichtskommission arbeitet sich nach einer Einführung durch Landammann und Vorsteher des Departements Finanzen und Gesundheit, Benjamin Mühlemann, durch den Zahlenberg und den Detailkommentar. Die vorliegenden Dokumente mit Jahresrechnung, Beilagen und Revisionsbericht sind transparent und geben einen guten Aufschluss über das Wirken von Regierungsrat und Verwaltung. Fiel etwas auf, konnte man fast sicher sein, dass dazu im Detailkommentar eine entsprechende Begründung zu finden gewesen wäre. Eine Jahresrechnung ist eine Art Geschichtsschreibung. Wichtig sind aber die Erkenntnisse und die daraus eventuell abgeleiteten Massnahmen für die Zukunft. – Die Jahresrechnung 2022 schloss sehr gut ab. Wenn man 12,4 Millionen Franken zusätzlich abschreiben kann, 2 Millionen Franken zusätzlich in den Energiefonds einlegen kann und trotzdem noch einen Ertragsüberschuss von 3,6 Millionen Franken ausweist, kann man schlicht nichts anderes sagen. Der Kanton Glarus steht mit dem positiven Abschluss aber innerhalb der Schweiz nicht alleine da. Alle Kantone schlossen besser, teilweise viel besser als budgetiert ab. Die Beiträge der Schweizerischen Nationalbank von 18,9 Millionen Franken und die um 8,6 Millionen Franken höheren Steuereinnahmen trugen massgeblich zu diesem guten Resultat bei. Nicht zu vergessen ist aber auch der Bezug von 6 Millionen Franken aus den Mitteln der Heimfallverzichtsabgeltung KLL. Auf der anderen Seite stehen aber zum Beispiel eine Anpassung des Marktwerts der Beteiligung an der Glarner Kantonalbank sowie – hoffentlich zum letzten Mal – Kosten im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie. Die Finanzaufsichtskommission befasste sich nicht vertieft mit der Anlage der Heimfallverzichtsabgeltung KLL. Es fiel jedoch auf, dass die sogenannten risikokontrollierten Aktienanteile ihre Versprechen nicht halten und sich analog zum Markt entwickeln. Über die Details zu solchen Instrumenten können die Finanzspezialisten in der Pause sicherlich Auskunft geben. Offenbar steht in naher Zukunft ohnehin eine Überprüfung der Anlagestrategie an. – Die Finanzaufsichtskommission teilt die Ansicht des Regierungsrates, dass sich die Jahresrechnung 2023 gegenüber der Rechnung 2022 wesentlich verschlechtern wird. Der Beitrag der Schweizerischen Nationalbank fällt definitiv aus. Die Dividende der Axpo ist gleich null und die Erträge aus dem Verkauf von Energie werden voraussichtlich eher sinken. Die Pflegerestkosten werden dagegen um 2–3, vielleicht sogar noch mehr Millionen Franken höher als budgetiert ausfallen. Zudem wurde mit dem Budget bereits eine Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve von fast 20 Millionen getätigt. Wenn das so weitergeht, ist das Polster in wenigen Jahren aufgebraucht. Schwarzmalerei wäre nach unzähligen Rechnungen in Folge, die besser abschliessen als prognostiziert, dennoch

schwierig zu begründen. Die Finanzaufsichtskommission mahnt jedoch zur Vorsicht: Die anstehenden Diskussionen um Steuerreduktionen und die Erhöhung des Lastenausgleichs an der Landsgemeinde sind gefährlich. Der Kanton Glarus kann sich trotz noch solider Finanzen nicht alles erlauben. – Dem Regierungsrat und der Verwaltung ist zu danken. Denn ohne das Mitwirken auf allen Ebenen, Sparsamkeit und Budgetdisziplin wäre ein solches Ergebnis nicht möglich. Ein spezieller Dank gebührt Landammann Benjamin Mühlemann und seinem Team sowie der Finanzkontrolle unter der Leitung von Dieter Elmer. Dieser steht der Kommission jeweils mit Fachwissen sowie Rat und Tat zur Seite. Zu danken ist auch der Protokollführerin Simone Eisenbart und im Speziellen den Kommissionskollegen, die immer engagiert und lösungsorientiert zur Sache gehen.

Albert Heer, Oberurnen, Kommissionsmitglied, votiert im Namen der FDP-Fraktion für Zustimmung zu den Anträgen von Kommission und Regierungsrat und dankt dem Regierungsrat für den soliden Rechnungsabschluss. – Die FDP-Fraktion nimmt mit Freude zur Kenntnis, dass das Jahresergebnis mit einem ausgewiesenen Gewinn von 3,6 Millionen Franken fast 12 Millionen Franken besser abschliesst als budgetiert. Dies, obwohl zusätzliche Abschreibungen von 12,4 Millionen Franken vorgenommen und zusätzliche Einlagen in den Energiefonds getätigt wurden. Damit werden die kommenden Jahresabschlüsse um jeweils rund 2,8 Millionen Franken entlastet. Der ausgezeichnete Abschluss ist aber zu einem grossen Teil erneut auf den sehr hohen Beitrag der Schweizerischen Nationalbank von 18,9 Millionen Franken zurückzuführen. Der Gewinnanteil fiel sogar 6,2 Millionen Franken höher als budgetiert aus. Diese knapp 19 Millionen Franken fehlen dem Kanton Glarus in den kommenden Jahren. Höchsterfreulich präsentiert sich der zusätzliche Ertrag aus dem Stromhandel von rund 7,3 Millionen Franken. Weil der Strom zu rund zwei Dritteln über den Terminmarkt verkauft wird, darf erfreulicherweise davon ausgegangen werden, dass im kommenden Jahr mit einem deutlichen Mehrertrag gerechnet werden kann. Langfristig ist der Kanton Glarus aber auch beim Stromhandel gut beraten, wenn wieder tiefere Beiträge budgetiert werden.

Cyrill Schwitter, Näfels, Kommissionsmitglied, unterstützt im Namen der Die-Mitte-Fraktion die Anträge von Kommission und Regierungsrat. – Mit einem Ertragsüberschuss von 3,6 Millionen Franken weist die Jahresrechnung 2022 ein solides Ergebnis aus. Dieses ist vor allem auf Sonderfaktoren zurückzuführen, unter anderem auch auf die Ausschüttung der Schweizerischen Nationalbank. Dass mit dieser in den Folgejahren nicht gerechnet werden darf, zeigt auch eine Studie der UBS, die am vergangenen Montag veröffentlicht wurde. Die Ökonomen der UBS gehen davon aus, dass es für eine minimale Ausschüttung an den Bund und die Kantone einen Jahresgewinn der Schweizerischen Nationalbank von 45 bis 50 Milliarden Franken bräuchte. Ein solcher sei eher unwahrscheinlich. Das Gewinnpotenzial, das im Portfolio der Schweizerischen Nationalbank schlummert, schätzen die UBS-Experten auf jährlich 10–15 Milliarden Franken. Die erwähnten Sonderfaktoren werden in den kommenden Planjahren allgemein deutlich geringer ausfallen. Darum gilt es, weiterhin haushälterisch mit den Kantonsfinanzen umzugehen, um auch in den kommenden Jahren auf ein solides Ergebnis zählen zu können.

Peter Rothlin, Oberurnen, an der Kommissionssitzung abwesendes Mitglied, spricht sich stellvertretend für die SVP-Fraktion für die Genehmigung der Jahresrechnung 2022 aus, will dem Regierungsrat allerdings nur widerwillig Entlastung für die Kreditüberschreitungen erteilen. – Die Finanzaufsichtskommission zeigte sich über den sehr guten Abschluss 2022 erfreut. Die SVP-Fraktion teilt diese Freude. Enttäuscht ist sie aber über den Umstand, dass der Regierungsrat zusätzliche Abschreibungen von insgesamt 12,4 Millionen Franken vorgenommen hat. Sie vermisst beim Regierungsrat den gebührenden Respekt gegenüber der Landsgemeinde, die am 1. Mai 2022 genau diese Praxis im revidierten Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons Glarus und seiner Gemeinden untersagte. Es ist nicht recht und billig, sich darauf zu berufen, dass das revidierte Gesetz erst per 1. Januar 2023 in Kraft getreten ist. Der Entscheid, zusätzliche Abschreibungen zu machen, ist mit Bestimmtheit erst nach diesem Datum gefallen. Erstaunt ist die SVP-Fraktion im Weiteren, dass im Bericht der

Finanzaufsichtskommission bezüglich Kennzahlen fast ausschliesslich auf den Selbstfinanzierungsgrad hingewiesen wird. Dieser gibt Auskunft darüber, wie weit die Nettoinvestitionen durch selbst erwirtschaftete Mittel, sprich Steuereinnahmen, bezahlt werden können. Mit 115 Prozent ist der Selbstfinanzierungsgrad in der Jahresrechnung 2022 sehr hoch. Die SVP-Fraktion warnt die Finanzaufsichtskommission davor, alleine auf einen hohen Selbstfinanzierungsgrad zu pochen. Ein solcher zeigt eben auch, dass der Kanton auf eigene Rechnung viel zu viel investiert und der Cashflow-Bedarf aus Steuergeldern deutlich zu hoch ist. Die SVP-Fraktion möchte daran erinnern, dass das Eigenkapital des Kantons nicht gratis ist. Wer im Baudepartement oder auch anderswo schlecht investiert, vernichtet Kantonsvermögen. Beim Ausblick auf die kommenden Jahre möchte die SVP-Fraktion die Wirtschaft und das Gewerbe in den Mittelpunkt rücken und auch hier warnen. Falls der Druck auf die KMU und das Gewerbe – sei das steuerlich oder auch verkehrsmässig – erhöht wird, werden diese in attraktivere Kantone abwandern. Wenn man die guten Steuerzahler schon als Milchkühe betrachtet, sollte man diesen wenigstens Sorge tragen. Von der Kuhhaltung versteht die SVP-Fraktion definitiv mehr als der Regierungsrat.

Samuel Zingg, Mollis, Kommissionsmitglied, votiert namens der SP-Fraktion für Genehmigung der Jahresrechnung. – Die SP-Fraktion nimmt mit Freude zur Kenntnis, dass die Rechnung wiederum besser abschliesst als budgetiert. Sie möchte vor allem den Mitarbeitenden danken, welche dies ermöglichten, sich täglich dafür einsetzen, dass der Kanton einen guten Rechnungsabschluss vorweisen kann, und gleichzeitig gute Arbeit geliefert wird. Die günstige Entwicklung, die zu diesem Abschluss geführt haben, täuscht ein wenig darüber hinweg, wie die Situation tatsächlich aussieht. Zum Beispiel wird man künftig auf die Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank von rund 19 Millionen Franken verzichten müssen – sicherlich für 2023, vermutlich aber auch längerfristig. Die SP-Fraktion nimmt beunruhigt zur Kenntnis, dass Kreditübertragungen im Umfang von 11 Millionen Franken vorgenommen wurden. Es wurde somit Aufwand in das nächste Rechnungsjahr verschoben. Die Jahresrechnung 2023 wird damit um 11 Millionen Franken verschlechtert, denn die Einnahmen werden nicht auf das neue Jahr übertragen. Diese finden sich im vorliegenden, guten Resultat wieder. – Die SP-Fraktion macht sich Gedanken darüber, was passiert, wenn die Anlage der Heimfallverzichtsabgeltung KLL weiterhin nicht die geplante Rendite erwirtschaftet und der Kanton mittelfristig nicht mehr 6 Millionen Franken pro Jahr aus dieser Anlage entnehmen kann. Die SP-Fraktion geht zudem davon aus, dass die Teuerung auch beim Kanton eine Aufwanderhöhung mit sich bringt und dass externe Arbeitsaufträge zu einer Erhöhung des Aufwands führen. Aus diesen Gründen ist es auch im Licht des glänzenden Abschlusses nicht angebracht, über Steuersenkungen zu diskutieren. Wichtiger ist, dass die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung erhalten bleiben und keine zusätzlichen Kosten aufgrund des Fachkräftemangels entstehen. Die bestehenden Angestellten sollen sich entwickeln können. Aufgaben sollen nicht extern vergeben werden müssen. Denn dort steigen die Preise immer doppelt. Es stehen viele grosse und wichtige Projekte an. Diese müssen finanziert werden können, ohne dass dafür die Polster herangezogen werden müssen. In der nächsten Krise ist man um diese wieder froh.

Nadine Landolt Rüegg, Näfels, Kommissionsmitglied, fordert, es sei trotz düsterer Aussichten Geld für die Entwicklung des Kantons bereitzustellen. – Die GLP-Fraktion ist erfreut, dass die Verwaltung im 2022 einmal mehr gut arbeitete und offensichtlich das Geld effizient einsetzt. – Die Einnahmen aus dem Anteil am Gewinn der Schweizerischen Nationalbank und aus dem Stromhandel sind mit Vorsicht zu geniessen, wenn man in die Zukunft schaut. Der Aufwand bei der Individuelle Prämienverbilligung und die Sozialhilfe war tiefer. Das ist wahrscheinlich auch der aktuell guten Wirtschaftslage zu verdanken. Wie sich diese entwickelt, ist aber unklar. Ebenfalls wurde weniger für Abschreibungen aufgewendet. Das ist wohl auch ein bisschen darauf zurückzuführen, dass weniger investiert werden konnte. Aus persönlicher Sicht ist es nicht gut, wenn für Radwege kaum Mittel aufgewendet wurden. Die Velomobilität hat eine grosse Zukunft im Kanton Glarus. Dass im Bereich öV gut verhandelt wurde, ist aus Verhandlungssicht sicher erfreulich. Aber für die Zukunft ist Sparen beim öV nicht nachhaltig. Der Notstand bei den Fachkräften in der Pflege und die Pflegerestkosten

werden den Kanton einiges kosten. Der Regierungsrat machte in seinem Antrag eine Prognose. Fraglich, ob diese Kosten genügend hoch geschätzt werden. Die vielen Kreditübertragungen werden Auswirkungen auf die kommende Rechnung haben. Eine Weiterentwicklung des Kantons Glarus muss aber möglich sein, auch wenn die finanziellen Aussichten nicht so rosig sind. Es ist wichtig, dass dafür Geld zur Verfügung steht. Mobilität ist für die Weiterentwicklung des Kantons wichtig. Die langfristige Planung von aufwendigen Umfahrungsstrassen greift sicher zu wenig schnell. In diesem Sinne hat die GLP-Fraktion die Hoffnung, dass mit den Aussichten auf das laufende Jahr und mit den Auswirkungen der Finanzbeschlüsse, die für das 2024 schon gemacht wurden, eine Weiterentwicklung des Kantons möglich ist – und dies schnell genug.

Landammann *Benjamin Mühlemann* beantragt Zustimmung zu den Anträgen von Regierungsrat und Kommission. – Im Budget 2022 wurde ein Aufwandüberschuss von 8 Millionen Franken prognostiziert. Nun resultiert ein Überschuss von 3,6 Millionen Franken. Die Differenz ist nicht riesig, wenn man sie ins Verhältnis zum gesamten Etat setzt. Aber es ist doch ein Unterschied – und zwar ein erfreulicher. Der Regierungsrat war bei der Budgetierung nicht zu pessimistisch. Vielmehr konnte der Kanton stark von Effekten, die man bei der Budgetierung so nicht erwarten durfte, profitieren. – Der Abschluss ist auch aus Sicht des Regierungsrates gut. Er ist rund 12 Millionen Franken besser als budgetiert. Hätte der Regierungsrat keine finanzpolitischen Korrekturen vorgenommen, würde gar ein Ertragsüberschuss von rund 18 Millionen Franken ausgewiesen. Zum letzten Mal konnten zusätzliche Abschreibungen im Umfang von rund 12 Millionen Franken getätigt werden. Diese erfolgten überall dort, wo der Tilgungsbestand unter 3 Millionen Franken lag. Mit dem neuen Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons Glarus und seiner Gemeinden sind zusätzliche Abschreibungen tatsächlich nicht mehr möglich. Landrat Peter Rothlin hat das richtig erwähnt. Ihm ist entgegenzuhalten, dass der Regierungsrat in dieser Sache immer transparent war. Er sagte stets, dass zusätzliche Abschreibungen beim Rechnungsabschluss 2022 noch zulässig sind und der Regierungsrat solche tätigen wird, wenn es irgendwie geht. Die Sondereinlage in den Energiefonds von 2 Millionen Franken wurde ebenfalls erwähnt. Das neue Energiegesetz lässt eine solche zu. Beide Massnahmen entlasten die künftigen Jahresrechnungen. – Das positive Resultat bzw. die beiden finanzpolitischen Massnahmen wurden in erster Linie durch deutlich höhere Einnahmen ermöglicht. Einmal mehr sticht die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank heraus. Budgetiert war ein Betrag von 12 Millionen Franken, eingenommen wurden schliesslich 19 Millionen Franken. In der letzten Budgetdebatte wurde darauf hingewiesen, dass dieser Beitrag auch einmal tiefer ausfallen könnte. Der langjährige Schnitt betrage rund 6,5 Millionen Franken. Mittlerweile ist bekannt, dass der Worst Case eintritt und auch in den kommenden Jahren bestehen bleibt. Für 2023 und wohl ein paar weitere Jahre gibt es keine Gewinnausschüttung. Das wird schmerzen und den Regierungsrat beschäftigen. Der Kanton Glarus konnte im Bereich Stromhandel von den Verwerfungen am Energiemarkt profitieren. Dieser Effekt dürfte nicht nachhaltig sein. Sehr interessant sind die Erträge bei den Erbschaftssteuern, bei den Schenkungssteuern und bei den Grundstückgewinnsteuern. Diese stiegen ziemlich stark an. Ebenfalls interessant und schwierig zu erklären sind die tieferen Ausgaben für die Individuelle Prämienverbilligung und die wirtschaftliche Sozialhilfe. Die Situation ist aber in den anderen Kantonen vergleichbar. Der Regierungsrat interpretiert diesen Umstand so, dass die Wirtschaft immer noch stabil ist. Dies macht es nicht nötig, viel in die Sozialhilfe zu investieren. Die Einnahmen sind also deutlich höher als prognostiziert, auch bei den Steuererträgen. Der Kanton Glarus war dennoch einigermaßen realistisch unterwegs. Erleichtert darf man zur Kenntnis nehmen, dass die Steuererträge im Vergleich zum Vorjahr nicht mehr gesunken sind. Das war das letzte Jahr noch so. Es geht wieder in die andere Richtung. Die Erträge liegen wieder über dem Wert von 2020. Das spricht auch für die wirtschaftliche Entwicklung. – Bei den Kennzahlen sticht der Selbstfinanzierungsgrad heraus. Dieser liegt wieder über 100 Prozent. Der Kanton Glarus kann seine Investitionen somit aus eigener Kraft finanzieren. Nun würde man meinen, dass angesichts des guten Abschlusses und des Selbstfinanzierungsgrads über 100 Prozent das Vermögen gestiegen sein müsste. Leider zeigt der Blick in die Bilanz jedoch das Gegenteil. Das Nettovermögen ist trotz des hohen Gewinns tiefer. Das kann man zu einem grossen

Teil mit einem Verlust bei den Finanzanlagen erklären. Die Heimfallverzichtsabteilung KLL ist angelegt. Das Portfolio erzielte – wie fast überall – eine negative Performance. Das Minus beträgt rund 20 Millionen Franken. Dieses wird zwar erfolgsneutral verbucht, schlägt aber auf das Eigenkapital durch. Immerhin erholt sich das Portfolio langsam wieder. Von einem Aufholen kann im Moment aber noch keine Rede sein. – Der Regierungsrat stellt in einer Gesamtschau fest, dass die Budgetdisziplin hoch ist. Das ist beim betrieblichen Aufwand ersichtlich. Dieser weicht nämlich praktisch gar nicht vom Budget ab. Das bestätigt noch einmal, dass spezielle Erträge die Differenz zum schlechten Budget ausgemacht haben. Landrat Peter Rothlin kritisierte die Kreditüberschreitungen und Nachtragskredite. Diese stossen der SVP-Fraktion anscheinend sauer auf. Wenn Landrat Peter Rothlin aber tatsächlich mehr von Buchhaltung verstehen würde als der Regierungsrat, wäre ihm aufgefallen, dass es sich bei den meisten und vor allem bei den grossen Posten um Ausgaben handelt, die der Regierungsrat nicht beeinflussen kann. Es sind gebundene Ausgaben, die aufgrund eines veränderten Mengengerüsts gestiegen sind. – Der Wind kann bei den Ertragspositionen sehr schnell drehen. Es gibt Landratsmitglieder, die auf Stetigkeit vertrauen. Das ist sehr riskant. Ein Beispiel betrifft die 19 Millionen Franken der Schweizerischen Nationalbank. Wer einigermaßen Kopfrechnen kann, weiss, was der Wegfall dieses Betrags für den Abschluss 2022 bedeutet hätte. – Aus der Debatte zum Budget 2023 sind dem Landrat alle Warnsignale bekannt. Sie deuten darauf hin, dass der finanzpolitische Handlungsspielraum kleiner wird. Die Planzahlen sind deutlich schlechter als in den Vorjahren. Der Kanton Glarus ist sehr stark von Erträgen abhängig, die sich nicht beeinflussen lassen. Gleichzeitig sind markante Steigerungen beim Aufwand absehbar, die noch nicht einmal in das Budget 2023 eingeflossen sind. Die Pfliegerestkosten sind ein krasses Beispiel. Die Teuerung wird sich auch bei den Aufwendungen des Kantons auswirken. Das Zinsumfeld ist bekannt und die geopolitischen Entwicklungen sind instabil und ungewiss. Dazu macht der Bund Druck auf die Kantone. Die Finanzministerin kündigte an, dass sie neue Ausgaben des ausgabefreudigen Bundesparlaments bei den Kantonen kompensieren möchte. Das könnte für den Kanton Glarus schwierig werden. Nicht zuletzt unterbreitet der Landrat der Landsgemeinde mindestens eine Vorlage, die für den Kanton ziemlich kostspielig ist. Irgendwann geht das alles nicht mehr auf. Die persönliche Prognose ist, dass der Hammer im nächsten Jahr kommen wird. Dann wird es wahrscheinlich für alle ein bisschen ungemütlich. Die Defizite im Budget 2023 und im Finanzplan liegen im zweistelligen Millionenbereich. Treten diese tatsächlich ein, muss man langsam an ein Sparprogramm denken, auch wenn die Substanz im Moment noch solid ist. Die Reserven können jedoch schnell schwinden. – Die soliden Finanzen sind der Disziplin vieler involvierter Kolleginnen und Kollegen – im Regierungsrat und speziell in der Verwaltung – zu verdanken. Sie müssen der Kasse Sorge tragen. Das geschieht in den Departementen umsichtig und diszipliniert. Das Verantwortungsbewusstsein ist gross. Dafür darf man allen Beteiligten ein Lob aussprechen. Zu danken ist auch der Finanzaufsichtskommission unter dem Präsidium von Landrat Ruedi Schwitter. Die Zusammenarbeit war einmal mehr konstruktiv; es konnten viele Facetten des Jahresabschlusses vertieft angeschaut werden.

Departement Finanzen und Gesundheit; Heimfallverzichtsabteilung und Förderung der Grundversorgung

Andreas Luchsinger, Riedern, Kommissionsmitglied, weist auf einen Fehler im regierungsrätlichen Bericht hin. – Die Position «Aktien Ausland risikokontrolliert» betreffend die Anlage der Heimfallverzichtsabteilung KLL auf Seite 18 des regierungsrätlichen Berichts ist falsch. Die Veränderung in Prozent von -16 Prozent bzw. die Rendite von -12,1 Prozent ist nicht korrekt. Es sind die korrespondierenden Zahlen im Bericht der Finanzaufsichtskommission zu übernehmen. Diese entsprechen den Zahlen im Bericht der Algofin AG. Die korrekten Zahlen zeigen definitiv, dass bei diesen risikokontrollierten Instrumenten Anpassungsbedarf vorhanden ist. Das wurde bereits vor einem Jahr in der Finanzaufsichtskommission diskutiert.

Peter Rothlin äussert sich zur Kostenstelle 20681 betreffend die Heimfallverzichtsabgeltung KLL und erkundigt sich, ob der Kanton im Besitz von Aktien der Credit Suisse ist. – Der Bericht der Algofin AG gibt Auskunft über die Anlage der Heimfallverzichtsabgeltung KLL. Es musste festgestellt werden, dass die Rendite der Anlage des Kantons unterdurchschnittlich ist. Sie ist mit -17,75 Prozent negativ. Dass das Ergebnis schlecht ist, wenn es an der Börse schlecht läuft, ist klar. Aber ein dermassen schlechtes Ergebnis konnte man nicht erwarten. Die Anlage hatte am 1. Januar 2022 einen Wert von 146 Millionen Franken, am 31. Dezember 2022 waren es nur noch 120 Millionen Franken. Der Verlust beträgt sage und schreibe 26 Millionen Franken. Leider gibt der Bericht keine Auskunft darüber, welche Aktien im Portfolio sind. Besitzt der Kanton Aktien der Credit Suisse?

Andreas Luchsinger geht auf die Position 20401.3634.08 betreffend die Förderung der medizinischen Grundversorgung ein. – Die Die-Mitte-Fraktion war überrascht, dass im Zusammenhang mit der Förderung der Hausarztmedizin im Moment keine Beiträge nachgefragt werden. Auch bei der Förderung im Bereich IT geht es überhaupt nicht vorwärts. Die Die-Mitte-Fraktion hat Bedenken, ob der Fachkräftemangel ernst genug genommen wird. Sie wird deshalb heute einen entsprechenden Vorstoss einreichen.

Landammann *Benjamin Mühlemann* geht auf die Frage von Landrat Peter Rothlin ein. – Landrat Peter Rothlin erwähnte die negative Performance der Anlage der Heimfallverzichtsabgeltung KLL. Diese ist nach Beurteilung des Regierungsrates im Vergleich nicht auffällig. Im Portfolio gibt es einen minimalen Anteil an Produkten der Credit Suisse. Der Kanton Glarus kam mit einem blauen Auge davon. Er musste einen Betrag in einem tiefen sechsstelligen Bereich abschreiben.

Departement Bildung und Kultur; Ausbildungsbeiträge an Studierende

Peter Rothlin erkundigt sich zu Kostenstelle 30750 bzw. zu den Ausbildungsbeiträgen an Studierende. – Für Stipendien an Studierende gab der Kanton Glarus etwas mehr als im vergangenen Jahr und etwas weniger als budgetiert aus. Beim Bundesamt für Statistik lässt sich die Zahl der Glarner Studierenden an den Universitäten abrufen. 2022 gab es 319 Studierende. Es ist nicht davon auszugehen, dass alle von ihnen Stipendien beziehen. Weiss man, wie viele Glarner Studierende Stipendien beziehen? Der Landrat diskutierte das Stipendienwesen schon einmal. Er stellte fest, dass Glarner Studierende doppelt so hohe Stipendien erhalten wie jene aus anderen Kantonen, etwa dem Kanton Graubünden. Es wurde deshalb ein Sparpotenzial verortet. Kann man dazu etwas sagen?

Regierungsrat *Markus Heer* kündigt an, die Antwort auf die Frage des Vorredners nachzuliefern.

Departement Bau und Umwelt; Windenergie

Peter Rothlin erkundigt sich zur allfälligen Nutzung der Windenergie im Linthgebiet. – Interessierte Personen aus Glarus Nord wiesen darauf hin, dass in der Richtplanung des Kantons St. Gallen betreffend Windenergie in der Linthebene eine Studie des Kantons Glarus erwähnt wird. Es wurde vergeblich versucht, Informationen dazu zu finden. Im Tätigkeitsbericht 2021 des Kantons Glarus heisst es, dass im Rahmen der Weiterentwicklung des kantonalen Richtplans das Kapitel Wasserkraft überarbeitet und die Festsetzung des Windenergiegebiets Vorab ergänzt werden soll. Die Frage ist nun, ob es eine zusätzliche Studie zur Windenergie gibt, die nicht bloss das Gebiet Vorab, sondern erneut auch das Linthgebiet einschliesst? Wo wird diese Studie verbucht?

Landesstatthalter *Kaspar Becker* kündigt eine Interpellationsantwort zum Thema an. – Der Regierungsrat wird voraussichtlich am kommenden Dienstag eine Interpellationsantwort behandeln, die sich um dieses Thema dreht. Die Kosten in diesem Zusammenhang werden bei der Raumplanung anfallen, weil dort der Richtplan bearbeitet wird. Ohne den Entscheid des Regierungsrates vorwegnehmen zu können, werden mit der Interpellationsantwort verschiedene Informationen folgen. Der Kanton Glarus steht in diesem Thema mit den Kantonen St. Gallen und Schwyz im Austausch.

Anhänge; Beteiligung an der Erdgas Linth AG

Peter Rothlin erkundigt sich zur Beteiligung des Kantons an der Erdgas Linth AG. – Die Erdgas Linth AG befindet sich zu einem wesentlichen Teil im Besitz des Kantons Glarus. Das Gesamtkapital beträgt 5,6 Millionen Franken. Der Bilanzwert des Anteils des Kantons Glarus beträgt 1,9 Millionen Franken. Die Beteiligung ist somit zum Nominalwert verbucht. In der Zwischenzeit gibt es aber auch einen Steuerwert. Bei anderen Beteiligungen – etwa der Technischen Betriebe – an der Erdgas Linth AG wird dieser verbucht. Der Steuerwert entspricht der Hälfte des Wertes, den der Kanton Glarus in seinen Büchern hat. Es stellt sich deshalb die Frage, weshalb bei der Erdgas Linth AG im Beteiligungsspiegel nicht der Steuerwert eingesetzt wird? Weshalb wird vom Nominalwert ausgegangen, obwohl man weiss, dass die Beteiligung nur noch die Hälfte wert ist?

Landammann *Benjamin Mühlemann* geht auf die Frage des Vorredners ein. – Das Departement Finanzen und Gesundheit prüft den Beteiligungsspiegel jedes Jahr gemeinsam mit der Finanzkontrolle. Man schaut, wo es allenfalls neue Bewertungen gibt. Man kam zum Schluss, dass bei der Beteiligung an der Erdgas Linth AG kein Handlungsbedarf besteht. Weshalb das so ist, müsste abgeklärt werden. Die Antwort wird schriftlich nachgeliefert.

Peter Rothlin erkundigt sich zu den Studiendarlehen an Studierende und betont, als ehemaliger Student, der allerdings weder Stipendien noch Darlehen bezogen habe, nichts gegen Studierende zu haben. – Im Verwaltungsvermögen sind Studiendarlehen im Umfang von 491'000 Franken verbucht. Es gibt dort einen Forderungsverlust von 32'955 Franken. Wie vielen Studierenden wurde das Studiendarlehen erlassen? Es interessiert, ob Personen, die einen an der Landsgemeinde belehren, ihre Studiendarlehen zurückbezahlt haben oder nicht.

Regierungsrat *Markus Heer* kündigt an, die Antwort auf die Frage des Vorredners nachzureichen.

Genehmigung der Jahresrechnung

Das Wort wird nicht mehr verlangt. Die Jahresrechnung 2022 ist genehmigt.

Kreditüberschreitungen und Entlastung des Regierungsrates

Das Wort wird nicht mehr verlangt. Von den Kreditüberschreitungen ist Kenntnis genommen; dem Regierungsrat ist Entlastung erteilt.